GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG XVIII. MARTIE–APRILIE / MARS–AVRIL / MÄRZ–APRIL 1940. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 3-4

Die Angelegenheit der Superintendenz des ungarisch-evangelischen Kirchendistriktes wurde endgiltig geordnet.

Der Minister *Silviu Dragomir* sandte an *Ludwig Frint*, Superintendent des evangelischen Kirchendistriktes Augsburger Bekenntnisses folgendes Telegramm:

„Das im Monitorul Oficial vom 3. März erschienene königliche Verordnungsgesetz verfügt – dem seit langem geäusserten Wunsch nachkommend – die offizielle Anerkennung der Arader Superintendenz der presbyterianer evangelischen Kirche Augsburger Bekenntnisses. Meinerseits wünsche ich der endgiltig anerkannten Institution und deren ganzem Ausbau die schönste Entfaltung zu eigenem Wohle, sowie zum Erblühen unseres lieben Vaterlandes."

Diese Mitteilung, resp. das erwähnte Verordnungsgesetz bereitet nicht nur den evangelischen Gläubigen ungarischer Muttersprache, sondern auch der gesamten ungarischen Volksgemeinschaft Freude, da hiemit ihr lang gehegter Wunsch erfüllt wurde.

Zurzeit des Umschlusses gehörten jene evangelischen Kirchengemeinden, die auf dem, zu Rumänien geschalteten Gebiet nicht dem sächsischen evangelischen Bistum von Hermannstadt untergeordnet waren, zum sogenannten Bányaer Kirchendistrikt mit dem Sitz in Budapest. Folglich blieben diese Kirchengemeinden durch den Wechsel der Staatsoberhoheit ohne bischöfliche Behörde.

Bald nach dem Umschluss trennten sich einige Kirchengemeinden ungarischer Muttersprache vom sächsischen Kirchen-

distrikt in Hermannstadt, wodurch diese ebenfalls ohne bischöfliche Obrigkeit verbliebenen Kirchengemeinden trachteten, mit den vom Bányaer Bistum losgerissenen Kirchengemeinden vereint, je eher unter gemeinsame bischöfliche Obrigkeit zu gelangen. Die erste Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Strebens ergab sich im Schreiben des Regierungsrates vom 15. Juli 1920 Nr. 8044, welches den Klausenburger Pastor *Dr. Gustav Kirchknopf* aufforderte, „allen Priestern, deren Obrigkeit sich diesseits der Demarkationslinie befindet, mitzuteilen, dass im Falle sie den Treueid leisten und das Rechtsverhältnis der ungarisch-lutherischen Kirche mit dem rumänischen Staat legislativ geregelt sein wird, sie behufs Flüssigmachung der vom ungarischen Staat bezogenen Gebühren und Subventionen Schritte unternehmen mögen". Gleichzeitig wurde die Erlaubnis erteilt, die juridische Organisation der ungarisch-lutherischen Kirche in Angriff zu nehmen.

Kirchknopf und seine Mitseelsorger hielten es für richtiger, die Organisation weltlichen Personen zu übertragen. Darum übernahm *Br. Ludwig Solymossy,* Grossgrundbesitzer die Leitung der Organisation, der schon ehedem universaler Inspektor der lutherischen Kirchen und Schulen war und als solcher, das volle Vertrauen der an Rumänien angeschlossenen evangelischen Versammlungen genoss. Die auf seine Vorladung in Arad am 11. April 1920 abgehaltene Konferenz beschloss, unter dem Namen „Siebenbürgisch-Banater Augsburger Helvetisch Evangelischer Kirchendistrikt", die ohne Bistum verbliebenen, sowie die auf Grund althergebrachten autonomen Rechtes vom sächsischen Kirchendistrikt losgetrennten und mit den Rassenbrüdern Vereinigung suchenden ungarischen evangelischen Kirchen in einen selbständigen Kirchendistrikt zu vereinigen.

Darauf verflossen sieben Jahre, bis am 3. April 1927 die damalige Regierung die Umgestaltung des Durchführungs-Komités in eine Superintendenz genehmigte. Der aus Arad stammende damalige Kultusminister Vasile Goldiș gestattete, dass der Generaldirektor des Kultusministeriums Zenobie Paclișeanu im Auftrage der Regierung beim feierlichen Akt in Arad das Amtsgelöbnis von Ludwig Frint, sowie von Br. Andreas Ambrózy übernehmen solle und durch die Übernahme dieses Treueides war schon damals der Kirchendistrikt und die Selbständigkeit der Superintendenz feierlich anerkannt.

Gleichzeitig wurde in das Kultusbudget des Staates eine gewisse Summe als Dotation für die Superintendenz in der Höhe von 40.000 Lei monatlich aufgenommen. Diese bescheidene Summe wurde aber von 1. Jänner 1931 an – ohne jegliche Begründung – leider nicht weiter ausgelegt. Diese Lage änderte sich bis heute nicht und die zum Wirkungskreis der Superintendenz gehörenden dreiundzwanzig Kirchengemeinden mit ungefähr 50.000 Seelen waren ohne staatliche Subvention, einzig auf die materielle Opferbereitschaft ihrer Gläubigen angewiesen und erfüllten so ihre hohe Bestimmung. Mittlerweile hatte sich auch in der weltlichen Leitung der Superintendenz ein Wechsel vollzogen, da anstelle des verstorbenen Br. Andreas Ambrózy das einmütige Vertrauen der Gläubigen *Ladislaus Purgly* von Joszáshely, dem gewesenen Obergespan des Komitates Arad, die hochangesehene führende Persönlichkeit der Arader Ungarn die Würde des Oberinspektors im Kirchendistrikt der Superintendenz übertrug.

Anfangs Juli 1939 tat die vordem geschaffene Ungarische Volksgemeinschaft Rumäniens diesmal erfolgreiche Schritte zur amtlichen Bekräftigung und gesetzlichen Anerkennung des Arader evangelischen Kirchendistriktes. Auf Anregung von Ludwig Frint und Ladislaus Purgly reichte die Ungarische Volksgemeinschaft dem Minderheitenminister Silviu Dragomir einen detaillierten Bericht über die Lage der Kirche ein, worauf später die Kirchenleitung öfter Gelegenheit hatte, die kompetenten Regierungsfaktoren über die rechtliche Lage der Kirche, über die 300 Jahre genossene Autonomie und die gesamte Verfassung der Kirche gehörig aufzuklären, welche in den vergangenen Jahrhunderten ihr vollkommene Selbständigkeit sicherte, unabhängig von den hierarchischen Rahmen der sächsischen evang. luth., sowie von der ungarländischen Kirche.

Im vergangenen Herbst begab sich eine Deputation unter Leitung des kirchlichen Oberinspektors Ladislaus Purgly zu dem in Arad weilenden Minderheitenminister Dr. Silviu Dragomir, wobei Purgly wiederholt alle Gründe aufzählte, die schon bisher es unmöglich machen, dass dieser Kirchendistrikt unter die Führung eines Vikariates unter die sächsische bischöfliche Obrigkeit geraten solle, wie es von mehreren Seiten beantragt wurde. Die Deputation fasste ihr Anliegen in vier Punkte, deren Annahme sie vom Kultusministerium verlangte.

1. Die Regierung möge den Gesetzvorschlag bezüglich An-

erkennung der Superintendenz dem kompetenten höchsten Forum vorlegen.

2. Im Rahmen des staatlichen Budgets solle staatliche Subvention zur Deckung der Verwaltungsausgaben der Superintendenz gesichert werden.

3. Die Regierung möge dieselbe staatliche Dotation der zentralen Verwaltung flüssigmachen, welche sie in den Jahren 1927–1930 gewährte.

4. Da ein grosser Teil der Gläubigen des Kirchendistriktes verstreut lebt, ist die Schaffung dreier Missionsämter notwendig, wozu die moralische und materielle Unterstützung der Regierung gebeten wird.

Die Superintendenz brachte ihr, nach obigen Gesichtspunkten verfasstes Memorandum bei verständnisvoller Vermittlung des Minderheitenministers vor die kompetenten Regierungsfaktoren. Zugleich unterbreitete sie die kirchliche Verfassungsregel, welche die mehrhundertjährige Vergangenheit der Selbständigkeit der ungarisch-evangelischen Gläubigen und deren ebenso alte autonome Organisation hervorhebt und die vom Staate jederzeit Schutz und Unterstützung genoss.

Diese Organisationsregel legte Minderheitenminister Dr. Silviu Dragomir mit empfehlendem Begleitschreiben dem Kultusminister vor, der die Vorlage zum königlichen Verordnungsgesetz behufs gesetzlicher Anerkennung der ungarisch-evangelischen Superintendenz mit dem Sitze in Arad verfasste. Seine Majestät König Carol II. sanktionierte diese Vorlage mit eigener Unterschrift und so ist die Angelegenheit der Anerkennung der Selbständigkeit der ungarisch-evangelischen Kirche geregelt.

Im feierlichen Augenblick der tatsächlichen Anerkennung besteht die Superintendenz der Presbyterianer Evangelischen Kirche Augsburger Bekenntnisses in Rumänien mit dem Sitz in Arad aus drei Dechanaten.

I. Kirchendechanat Arad-Banat mit dem Sitz in Arad.

II. Gemeinsames Kirchendechanat Nagyvárad, Nagykároly, Nagybánya, Szatmár und Máramaros.

III. Kirchendechanat Brassó.

Superintendent Ludwig Frint ist kirchlicher Leiter, Ladislaus von Purgly weltlicher Oberinspektor.

*

Da nun dieser berechtigte ungarische Wunsch in Erfüllung ging, gebührt vonseiten der Ungarischen Volksgemeinschaft in erster Linie Ladislaus von Purgly wärmster Dank, der diese Errungenschaft als eine Hauptaufgabe seines Lebens betrachtete; Ludwig Frint, der ungeachtet seines hohen Alters mit unerhörter Willenskraft und tiefem Glauben am Gelingen arbeitete; Dr. Eugen Palágyi, dem Vizeinspektor des Kirchendistriktes und nicht zumindest dem Minderheitenminister Silviu Dragomir, der seit seinem Amtsantritt die Angelegenheit der ungarischen Lutheraner mit Wohlwollen, Geduld und Verständnis förderte.

Discursul D-lui Elemér Gyárfás rostit în şedinţa Senatului la 15 Martie.

Domnule Preşedinte,
Domnilor Senatori,

Luând cuvântul la începutul sesiunii a doua a legislaturii actuale, ţinem să declarăm încă în această primă fază a operei legislative că noi, reprezentanţii poporului maghiar, dorim şi acum să conlucrăm conform convingerilor noastre, cu toată sinceritatea, pentru realizarea înfăptuirilor care au fost fixate de Majestatea Sa în Mesajul Regal ca scopuri ale legislaţiei.

Această cooperare leală, prin care dorim să servim şi scopurile constructive ale Majestăţii Sale, este în acelaşi timp şi datoria noastră faţă de propriul nostru popor, deoarece nu există lege care n'ar influenţa şi viaţa poporului nostru.

Această sarcină o putem îndeplini însă numai în aşa fel, dacă arătăm şi expunem sincer, conştient şi clar interesele, doleanţele şi simţimintele poporului nostru. Ar fi o mare greşală şi o omisiune a îndatoririlor noastre, dacă le-am ascunde sau n'am atrage atenţia guvernanţilor asupra acestora, deoarece probleme vitale ale Statului pot fi soluţionate numai atunci, când toate amănuntele şi aspectele acestora stau clar în faţa legiuitorilor.

Am accentuat totdeauna şi subliniem şi acum, că noi n'am avut nici când intenţiunea să ascuţim punctele noastre de vedere minoritare, ci din contra, am dori să fie creată o aşa si-

tuație, ca să nu mai fie necesară lupta pentru apărarea și recunoașterea acestor interese minoritare, ci am putea consacra și noi întreaga noastră energie pentru soluționarea problemelor de interes obștesc, care interesează deopotrivă și poporul nostru.

Domnilor Senatori, aceste considerente ne-au condus, — ascultând invitațiunea regretatului prim-ministru Călinescu — când am declarat intrarea noastră colectivă în Frontul Renașterii Naționale, expunând concomitent cerințele și doleanțele noastre cele mai arzătoare de atunci, cu o moderațiune pe care regretatul Călinescu a subliniat-o cu cuvinte elogioase, când ne-a asigurat că acestea vor fi satisfăcute. Și de fapt în timpul relativ scurt al guvernării sale, o parte din acestea au și fost rezolvate, iar o altă parte foarte însemnată și anume reprezentarea noastră corespunzătoare în administrația locală și în organizațiile Frontului Renașterii Naționale a fost pregătită în amănunte.

Durere, nu putem ascunde faptul că deja în acest timp au fost luate din partea unor departamente unele dispoziții, la care nu ne-am putut gândi la intrarea noastră în Frontul Renașterii Naționale și care au creat doleanțe noui și foarte grave în așa fel, că am fost nevoiți a arăta acestea cu durere deja în memoriul nostru din 22 Septembrie 1939, pe care l'am redactat pe seama decedatului Călinescu, dar în urma tristelor evenimente l'am putut transmite numai urmașului său, d-lui Argetoianu. Semnalăm aici măsurile luate de Ministerul muncii, în parte în legătură cu legea breslelor, apoi mai departe neajunsurile suferite prin exercitatea inoportună a dreptului de preemțiune, dispozițiunile care lovesc cooperativele noastre și multe altele.

Toate acestea ating atât de grav interesele noastre vitale că din cauza acestora realizările obținute pe de altă parte n'au putut aduce o ameliorare generală a situațiunii noastre.

Dintre acestea trebue să relevăm în primul rând noua lege a Frontului Renașterii Naționale, care reorganizează Frontul pe baza nouilor principii și în cadrele și prin organele cu totul schimbate în așa fel că nu vedem deocamdată modul incadrării noastre în această organizațiune și în consecință trebuie să considerăm cu cea mai mare îngrijorare situația astfel creată. Dorim să credem că și onoratul Guvern își va da seama de dificultățile astfel create și va încerca soluționarea lor.

Această speranță o întărește și împrejurarea că Guvernul

a soluționat și la începutul anului curent unele probleme importante ale noastre și prin urmare vrem să credem că spiritul inaugurat va fi călăuzitor și pe viitor.

Parlamentarii maghiari își exprimă dorința ca spiritul de înțelegere, indicat ca o îndrumare pentru guvern de către Majestatea Sa Regele Carol II, în mesajul din anul trecut, să fie călăuzitor și pentru viitor întru soluționarea satisfăcătoare și a chestiunilor însemnate intervenite de atunci încoace, guvernul dându-ne ajutorul să se creeze de sus până jos o atmosferă binevoitoare pentru problemele noastre, spre a se evita pe viitor nașterea de noui dificultăți.

Facem această declarație cu satisfacția de a fi găsit la Ministerul pentru Minorități o metodă de lucru, bazată pe contactul nemijlocit și studiul reciproc aprofundat al problemelor, metodă pe care o dorim păstrată și continuată.

Asigurăm Guvernul, onoratul Senat și opinia publică românească că aprecierea punctelor noastre de vedere va servi numai împăcarea sufletească a minorității maghiare și va servi în măsură însemnată și interesele superioare ale țării noastre.

Mărturiile de lealitate ale minorităților și D-l ministru Gafencu.

În ședința Senatului din 18 Martie D-l Grigore Gafencu, ministrul Afacerilor Externe, răspunzând în numele guvernului la discuția asupra răspunsului la Mesajul Tronului, a făcut intre altele următoarele declarații:

În cuprinsul acestor preocupări naționale au pătruns declarațiile deosebit de interesante, ale reprezentanților minorităților etnice.

Am ascultat cu mulțumire aceste mărturii de lealitate și de credință față de Rege, de Stat și de Țară. Unele dintre ele ne-au mișcat adânc. Impărtășim în aceste vremi grele simțământul de solidaritate care ne leagă unii de alții, majoritori și minoritari și care impune față de Statul care ne cuprinde pe toți, aceleași indatoriri cetățenești. Ne dăm seama pe deoparte de indatoririle de veghe și de dreaptă ocrotire pe care Statul o are față de noi toți fără deosebire.

Reținem din cuvintele auzite pe acelea prin care reprezen-

tantul minorității germane, arată, cu atâta simț politic interesul comun al tuturor cetățenilor din România de a avea o țară pașnică, bine înarmată și deplin neatârnată. Reținem deasemenea declarația de solidaritate a minorității bulgare și cuvântarea însuflețită prin care reprezentantul micei minorități polone a preamărit însușirile de ospitalitate și de caldă omenie ale poporului român. Am luat act, cu toată atențiunea, de afirmarea minorității maghiare, că înțelege printr'o colaborare sinceră și leală să înlesnească desvoltarea bunelor raporturi între toți cetățenii țării.

Firește, Domnilor Senatori, că statornicirea unor asemenea raporturi, cere din partea tuturor, dovezi veșnic reimprospătate de spirit de înțelegere și de bunăvoință.

Statul român se străduește, în această privință să-și împlinească întreaga datorie. În cursul anului trecut, începând cu guvernul regretatului Armand Călinescu, căruia toți reprezentanții minorităților au ținut să-i aducă un nou și atât de îndreptățit omagiu, și urmând cu guvernele D-lor Argetoianu și Tătărescu, cârmuitorii țării au arătat aceiași solicitudine pentru problemele minoritare potrivit liniilor mari și statornice ale politicei noastre de Stat ca și firii blânde și înțelegătoare a românului. Am cu atât mai mult dreptul să afirm continuitatea acestei acțiuni politice, cu cât am fost totdeauna martorul și uneori părtaș la hotărîrile luate pentru a face dreptate cererilor minoritarilor. Știu că mai sunt și că vor mai fi „doleanțe" ale cetățenilor noștri, pe care guvernul le cercetează și le va cerceta cu toată bunăvoința ca în trecut. Nu este poate de prisos să amintim însă, câte din aceste doleanțe au primit în cursul anului o fericită deslegare.

Așa de pildă prin modificarea legii pentru dobândirea și pierderea naționalității române s'a dat o largă posibilitate de a se înscrie în listele de naționalitate tuturor minoritarilor cari, indiferent din ce motive, nu și-au făcut înscrierea la timp în aceste liste.

S'a înscris în bugetul Statului o sumă de 30 milioane Lei pentru ajutoarea școalelor confesionale minoritare.

S'au cedat Bisericii evanghelico-luterane germane din Basarabia 57 locuri de școli primare pentru a fi folosite pentru școalele confesionale germane.

S'a recunoscut înființarea Superilor reformate din Oradea.

Politica aceasta de largă liberalitate față de minorități, începută de Armand Călinescu, a fost continuată și de guvernele următoare.

Astfel s'a adus o nouă modificare legii pentru dobândirea și pierderea naționalității române pentru a se lărgi și mai mult posibilitatea de înscriere în listele de naționalitate a minoritarilor rămași neînscriși.

S'a recunoscut înființarea Superintendenței evanghelico-luterane presbiteriene a Aradului.

S'a egalat salariile preoților reformați și unitarieni cu acelea ale preoților romano-catolici.

S'a reglementat recunoașterea personalității juridice a ordinelor călugărești romano-catolice și s'au lichidat de comun acord cu reprezentanții organizațiilor Bisericii romano-catolice toate diferendele materiale existente.

S'a ratificat Acordul dela Roma privitor la transformarea fostului Status Romano-catolic în Consiliul Diecezei romano-catolice de rit latin de Alba-Iulia.

S'a autorizat transformarea gimnazului bulgar de băeți din Bazargic și al gimnazului bulgar de fete din Silistra în licee.

S'a autorizat mărirea numărului elevilor celor 12 clase ale școalei primare bulgare din Silistra.

S'a introdus în comunele cu o populație ukraineană mai numeroasă 2 ore pe săptămână de limba ukraineană și 2 ore pe săptămână de religie în limba ukraineană.

Dacă la aceste măsuri adăogăm atitudinea de constantă bunăvoință pe care Guvernul o arată minoritarilor, străduindu-se ca această atitudine să fie impărtășită și de organele de subordine și dacă amintim, fără a stărui, hotărîrea cu care au fost înlăturate unele pricini de turburare, avem dreptul să încheiem că Statul își împlinește misiunea, care în împrejurările de azi are o deosebită însemnătate de a asigura, în cuprinsul hotarelor românești, o pașnică și dreaptă rânduire pentru toți.

Firește, Domnilor Senatori, că această rânduire atârnă în bună parte, de simțimântul acelora care trebuie să i se supună. Problema minoritară nu poate fi deslegată numai prin legi și măsuri administrative. Nici prin declarații de lealitate. Din conviețuirea laolaltă, trebue să se desprindă tot mai mult simțământul de încredere și de simpatie care să înlesnească unor cetățeni de limbă deosebită să împlinească în acelaș gând che-

marea lor comună. Statul nu poate întocmi decât cel mult cadrul exterior pentru desvoltarea unor asemenea simțiminte. Restul este chestiune de omenie, de omenie cumpătată, înțelegătoare și îngăduitoare, de care trebue să dea dovadă majoritarii ca și minoritarii.

În ce privește pe minoritari cu cât lealitatea lor se exprimă cu mai multă sinceritate și căldură, — ne-am putut da seama de acest adevăr chiar în zilele din urmă la Senat, — cu atât cererile lor ne par mai ușor de împlinit. Cu cât dovedesc însă, în atitudine sau în declarații rezerve politice sau sufletești, cu atât, indiferent de soartă „doleanțelor lor" deslegarea problemei adevărate, aceea a unei pașnice și încrezătoare conviețuiri, pare mai îndepărtată.

Eine ernste Mahnung des ungarischen Ministerpräsidenten an die Verwaltungsbeamten.

In der Sitzung der Oberländischen Partei am 15. März, in der die Verschmelzung mit der Regierungspartei ausgesprochen wurde, erklangen Reden, in denen die Bevölkerung des Oberlandes über Aufgaben und Zielsteckungen der Regierungspartei aufgeklärt wird. Die wichtigste Rede von allen jedoch war die des Ministerpräsidenten Grafen Paul Teleki, in der er sich auch über die Minderheitenfrage in Ungarn ausliess. Seine Rede räumt selbst mit den letzten Überresten einer veralteten und schädlichen Auffassung energisch auf, wirft alles, was auch nur irgendwie an die Elternkonferenzen erinnert, zum alten Eisen, weist die Beamten zurecht, die noch immer glauben, patriotischer sein zu müssen, als die Regierung und erschliesst in der Geschichte der ungarischen Minderheitenpolitik ein neues Kapitel.

Eben, weil den Ausführungen des Ministerpräsidenten über die Minderheitenfrage eine ausserordentliche Bedeutung beikommt, lassen wir sie nachträglich in wortwörtlicher Übersetzung folgen.

„Noch etwas will ich hier, in dem gemischtsprachigen Gebiet, das die Umgebung Kaschau's ist, erwähnen. Was ich sage, gilt den Verwaltungsbeamten, Polizisten, Gendarmen, Levente-

instruktoren, Pfarrern, Lehrern, Ich war in meiner Jugend Stuhlrichter in Siebenbürgen. Ich sprach sehr gut rumänisch. Vor einem Jahr war ich in Kőrösmező und fragte einen Finanzer, wie er mit der ruthenischen Sprache steht. Er sagte selbstbewusst: „Bitte, ich spreche nur ungarisch." Er hoffte, für diese Antwort sofort mit einem Orden ausgezeichnet zu werden und war höchst verblüfft, als ich ihm sagte: Es wird gut sein, in sechs Monaten einzuholen, was Sie versäumt haben. Sie sind noch jung.

Der Sankt Stefans-Gedanke bedeutet keine Magyarisierung mit Gewalt, er kann aber bedeuten, eine Magyarisierung in der Seele, wenn es aufrichtig gemacht wird. Ich hörte konkrete Klagen. Leventeinstruktore sammeln in Nationalitätengemeinden Unterschriften für Errichtung ungarischer Schulen. Diese Gesuche widerspiegeln nicht den wirklichen Wunsch des Volkes und kommen in den Papierkorb. Solche künslliche Mittel sollen nicht angewendet werden, hingegen soll jeder in seinem Kreis seine Aufgabe erfüllen. Man soll sich nicht unterfangen, Landespolitik zu machen, wo die Ordnung aufrechterhalten oder eine Erziehungsarbeit geleistet werden muss.

Mit den übrigen Nationalitäten im Donautal, den Deutschen, Slowaken, Ruthenen usw. lebten wir stets in derselben politischen Nation vereint, in derselben Nobilität. Wenn wir sagen, ich glaube an die Auferstehung Ungarns, so genügt es nicht, diesen Spruch zu beten, oder zu deklamieren, wir müssen uns aber selbst fragen, ob wir unsere Pflicht auch erfüllen."

Der Obmann des Deutschen Volksbildungsvereines in Ungarn — Mitglied des ungarischen Oberhauses.

Nikolaus Horthy, Reichsverweser von Ungarn, ernannte gelegentlich der zwanzigsten Jahreswende seiner Erwählung *Ladislaus Pintér,* den Obmann des ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereines, zum lebenslänglichen Mitglied des ungarischen Oberhauses.

Dies ist auch von minderheitspolitischem Standpunkt gesehen ein bedeutungsvolles Ereignis. Bekanntlich hält die deut-

sche Minderheit Ungarns zwei Richtungen ein. Die eine ist durchdrungen von der Ideologie des Nationalsozialismus, die andere befolgt den Geist des „Rerum novarum" und „Quadragesimo anno" – so lässt sich diese Gesinnung am treffendsten bezeichnen, – wobei letztere Richtung gerade so völkisch bewusst ist, wie die erstere, unter der Leitung von Dr. Basch.

Anlässlich der letzten, Ende Mai 1939 getroffenen ungarischen Abgeordnetenwahlen gelangten die Anhänger der Basch-Fraktion mittels Regierungsliste in das Abgeordnetenhaus, während Ladislaus Pintér, Ludwig Leber und die übrigen, einstmals zur Gruppe Jakob Bleyer's gehörenden, keine entsprechende Vertretung fanden.

Darin sehen wir die grosse Bedeutung in diesem Entschlusse des Reichsverwesers, weil wir dadurch nicht nur die Anerkennung der hohen persönlichen Werte des Prälaten Ladislaus Pintér bekräftigt sehen, sondern auch die Absicht der ungarischen Regierung beobachten, beiden Gesinnungsrichtungen der deutschen Minderheit in der gesetzgebenden Körperschaft entsprechende Geltung gewähren zu wollen.

Wer Gelegenheit findet, das in Budapest unter der Schriftleitung von Ladislaus Pintér erscheinende „Sonntagsblatt" zu lesen, kann sich überzeugen, dass der Geist, den Ladislaus Pintér im ungarischen Oberhause vertreten wird und sein, um die Minderheitenrechte gefochtener Kampf mit den universalen Interessen der ungarischen Nation vereinbar und so dem Wohle beider Teile dienen wird.

Wir begrüssen darum auch unsererseits den hervorragenden Leiter der ungarländischen deutschen Volksminderheit anlässlich der hohen Auszeichnung.

Der Gesetzentwurf zur Autonomie Karpathenrusslands ist im Entstehen.

Laut ungarländischen Presseberichten wurde am 28. Februar beim ungarischen Ministerpräsidenten eine Beratung über die Autonomie Karpathenrusslanes abgehalten. Die befugtesten Faktoren waren zugegen, wie der Bevollmächtigte des Reichsverwesers für Karpathenrusslands Br. Sigmund Perényi, der

Oberberrater für Karpathenrussland Alexander Ilniczky, Staatssekretär Tibor Pataky und Universitätsprofessor Stefan Egyed.

Wie die Mitteilung lautet, „sind die verschiedenen Vorschläge in Einklang gebracht worden, worauf der weitere Gang der Ausarbeitung des Entwurfes besprochen wurde."

Das Grundprinzip, auf welchem die Kommission den Gesetzentwurf aufzubauen gedenkt, ist uns natürlicherweise nicht einmal annähernd bekannt, doch begreifen wir vollkommen, wenn die Mitteilung von dem „in Einklang bringen" verschiedener Vorschläge spricht, – denn solche kamen schon bisher recht zahlreich vor die Öffentlichkeit, – mag es keine geringe Aufgabe gewesen sein, diese harmonisch zusammenzureimen, da einige der uns bekannten Vorschläge bedeutende Verschiedenheit in der Auffassung bezeugen.

So äusserte z. B. der gewesene karpathorussische Minister Dr. *Orest Szabó* die Meinung, „das karpathorussische Gebiet könne vorläufig nicht mit weitausholender territorialer Autonomie eingerichtet werden. Vollkommenste Autonomie in der lokalen Gemeinverwaltung, volle Freiheit im Sprachengebrauch, Religion und Kultur, Beibehaltung der Rassengebräuche, dies sind die Grunderfordernisse der gegenwärtig durchführbaren karpathorussischen Autonomie". Welchen Wirkungskreis aber Orest Szabó's Auffassung dem von ihm verlangten karpathorussischen Parlament einräumt, ist uns nicht vollkommen klar. Er gedenkt dies mit Einpartei-System ins Leben zu rufen.

Der pensionierte Obergespan *Sigmund Morvay* schlägt vor, bei Aufhebung des Komitats-Systems diesem Gebiet Landesrechte mit gesondertem Landtag zu geben. Auf Kandidierung des Landtages würde das Staatsoberhaupt den Landeschef ernennen. Die Landesregierung zerfiele in Sektionen für innere Angelegenheiten und Justiz, Kultus und Unterricht. Als Verbindungsglied zwischen dem Landtag und der Regierung wäre ein besonderer karpathorussischer Minister vorgesehen.

Der pensionierte Obergespan *Emerich Egán* widersetzt sich am entschiedensten den „extremen Autonomisten", die sich das gesonderte Parlament nach dem Muster er einstmaligen kroatischen Autonomie vorstellen. Dies verwirft er, da hiedurch den, nur mittels langwieriger Arbeit überbrückbaren allerlei Gegensätzen geradezu eine besondere Empore errichtet würde. Seiner Meinung nach wäre es ein Fehler, den karpathorussischen Volk

Selbstbesimmung in solchem Ausmass zuzuwenden, deren es sich nicht einmal bedienen könnte. Die territoale Autonomie wäre derart einzurichten, dass unter der Leitung des karpathorussischen Oberbevollmächtigten ein Regierungsrat mit 101 Mitgliedern zu schaffen sei, mit dem Sitz in Ungvár. Den Oberbevollmächtigten würde das Staatsoberhaupt, seinen Stellvertreter der Ministerpräsident ernennen. Dieser regierende Rat bestünde aus Fachreferenten, die die acht Sektionen zu leiten hätten und durch den befugten Minister ernannt würden. Ratsmitglieder wären ferner die Obergespäne der vier Komitate, die karpathorussischen Oberhausmitglieder und Abgeordneten, der Korpskommandant, die verschiedenen Interessenvertretungen (Kammern), die Vertreter der Kirchen und die aus der Komitatsvertretung selbstgewählten Mitglieder. In den Wirkungskreis des regierenden Rates gehörte die Durchführung der Gesetze und Verordnungen, kraft seines Selbstbestimmungsrechtes würde er in religiösen, sprachlichen, kulturellen, Verwaltungs- und Wirtschaftsangelegenheiten entscheiden. Die Bestimmungen des Rates würden teils ohne Genehmigung, teil mit Genehmigung des Ministers, Ministerpräsidenten, allenfalls des Staatsoberhauptes vollstreckt. Nach Egáns Auffassung wäre also nicht nationale, sondern territoriale Autonomie mit Beibehaltung des Komitats-Systems anzuwenden.

Oberberater Domprobst *Alexander Ilniczky,* als Verkörperung einer Amtswürde, äussert sich vorläufig nicht über den Inhalt und die Ausdehnung der auch seinerseits erwünschten Autonomie, besser gesagt, kennen wir seinerseits keine diesbezügliche Äusserung. Aus seinem bekannten Gedankengang lässt sich aber folgern, dass auch er an ausgedehnte territoriale Autonomie denkt.

Die angeführten Meinungen zusammenzustimmen, ist wahrlich keine geringe Aufgabe. Die Lösung dieser und im allgemeinen die Frage der karpathorussischen Autonomie ist unserer Meinung nach entscheidend beeinflusst dadurch, dass Ungarn eine geschichtliche Verfassung besitzt. Die Staatsmächte neuerer Zeiten, die ihre nach gutem oder schlechtem ausländischen Muster entstandenen Charta-Verfassungen einfach durch andere ersetzen, können bedeutend leichter entscheiden, als eine Staatsmacht, deren Verfassung nicht auf ein Stück Papier geschrieben steht, sondern das Ergebnis jahrhundertealter Entwicklung wurde.

Mit dem Geist der historischen ungarischen Autonomie finden wir das von Orest Szabó gewünschte karpathorussische Parlament mit Einparteisystem ganz unvereinbar. Das Einparteisystem ist eine Volksvertretung, wie sie die historische ungarische Verfassung bisher nicht kennt. In einem Teile des Landes den einen Teil der politischen Nation nach ganz anderer Ideologie verkörpert zu sehen, ist eine Erscheinung, die keinesfalls der Auffassung der historischen ungarischen Verfassung entspricht, welche allen Mitgliedern der politischen Nation immer die gleichen Rechte gab, von den im Werbőczy's „Tripartitum" enthaltenen Rechtsnormen an bis zu dem in 1868 geschaffenen Nationalitätengesetz und auch weiterhin.

Die territoriale Autonomie entspricht unserer Meinung nach der ungarischen historischen Verfassung eher, als die Volksautonomie, obwohl deren Verwirklichung mit dem Geist der Verfassung eigentlich nicht in Zusammenstoss gerät.

Wir, die Träger des National-Minderheitenloses beobachten mit lebhafter Aufmerksamkeit die Neuordnung, welche das zukünftige Los einer nationalen Minderheit zu entscheiden berufen ist, wie diese sich gestalten und welche Auswirkungen sie haben wird.

Decret-Lege

pentru ratificarea Acordului privitor la interpretarea art. IX din Concordatul dela 10 Mai 1927, între Sf. Scaun şi Guvernul Român, precum şi anexa sa cuprinzând Statutele Consiliului Dioceziei Catolice de rit latin de Alba Iulia, semnate la Vatican la 30 Mai 1932.

Art. unic. — Guvernul este autorizat a ratifica şi a face să se execute dela data semnării „Acordul privitor la interpretarea art. IX din Concordatul dela 10 Mai 1927 între Sf. Scaun şi Guvernul Român", precum şi anexa sa cuprinzând „Statutele Consiliului Dioceziei Catolice de rit latin de Alba Iulia", semnate la Vatican la 30 Mai 1932.

Dat în Bucureşti la 1 Martie 1940. CAROL

Preşedintele Consiliului de Miniştri, *Gh. Tătărescu*

Ministrul justiţiei, *Istrate N. Micescu*

Ministrul afacerilor străine, *Grigore Gafencu*

Nr. 659.

Ministrul cultelor şi artelor, *I. Nistor*

ACCORD

concernant l'nterpretation de l'art. IX du concordat du 10 Mai 1927 entre le Saint-Siège et le Gouvernement Roumain.

Sa Sainteté le Pape Pie XI,

Sa Majesté le Roi Charles II de Roumanie,

Désirant fixer définitivement la situation de l'organe dénommé „Status Romano-Catholicus Transylvaniensis" ;

Se basant sur l'Art. XXII du Concorda conclu le 10 Mai 1927, entre le Saint-Siège et le Gouvernement Roumain.

Ont décidé de réaliser, par un accord leur intention commune et, à cet effet, ont désigné comme leur Plénipotentiaires,

Sa Sainteté le Pape Pie XI,

Son Eminence Révérendissime le Cardinal Pacelli, Son Secrétaire d'Etat ;

Sa Majesté le Roi Charles II de Roumanie,

Son Excellence le Ministre de la Justice de Roumanie, Monsieur Valeriu Pop,

Lesquelles, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article I.

L'institution connue sous le nom de „Status Romano-Catholicus Transylvaniensis" se transforme par cet accord en un organe du Diocèse Catolique de rite latin d'Alba-Iulia et prendra la denomination de „Conseil du Diocèse Catholique de Rite latin d'Alba-Iulia".

Ce conseil remplit les charges prévues par les Canons 1520 et 1521 du Codex Juris Canonici.

Les décisions de ce Conseil ne sont valables et exécutoires qu'avec l'approbation de l'Ordinaire.

Article II.

Tous les droits patrimoniaux se trouvant jusqu'à présent sous l'administration du dit „Status Romano-Catholicus Transylvaniensis" seront dorénavant administrés par l'Ordinaire Catholique de rite latin d'Alba-Iulia, conformément au paragraphe 2 du Canon 1521 du Codex Juris Canonici et au droit commun du Royaume de Roumanie.

Les charges prévues par le prragraphe 2 du Canon 1521 seront remplies par le Conseil Diocésain, prévu dans l'article I du présent Accord dans les limites fixées par le même article.

Article III.

Tous ces droits patrimoniaux seront administrés et les revenus seront employés exclusivement dans les buts indiqués et prévus par les Actes, Décrets et Lettres de londation.

Là ou les Actes, Décrets et les Lettres de fondation ne précisent pas le but, ou bien si le but pour lequel la fondation a été constitué a été atteint, l'emploi de ces revenus sera dévolu à des buts religieux, scolaires et d'éducation, en conformité avec l'intention des donateures et fondateurs.

Article IV.

Le droit de contrôle et surveillance de l'État, prévu par le droit commun du Royaume de Roumanie ainsi que par le Concordat en vigueur entre le Saint-Siège et la Roumani, reste intact.

A cet effet l'Ordinaire Catholique de Rite latin d'Alba-Iulia présentera annuellement au Ministre des Cultes de Roumanie le rapport de gestion, le budget, le bilan et les procès-verbaux des assemblées.

L'Archevêque Catholique de rite latin du Bucarest, Métropolitain du Diocèse suffragant d'Alba-Iulia, jouit en vertu de la faculté apostolique spéciale â lui accordée, du droit de surveillance et de contrôle, en ce qui concerne l'emploi des revenus, ainsi qu'il à été établi dans l'article précédent.

Article V.

Toutes les biens se trouvant, à la date du 1 janvier 1932, dans la possession et sous l'administration du „Status Romano-Catholicus Transylvaniensis", sont des biens à caractère ecclésiastique et seront utilisés conformément à leur destination initiale, uniquement sur le territoire actuel du Diocèse Catholique de rite latin d'Alba-Iulia.

Le droit de propriété est et reste garanti en conformité avec les lettres de fondation, donation, etc., en faveur des fonds respectifs, ainsi qu'il suit:

a) le fonds de Religion;
b) le fonds d'Etudes;
c) le fonds des Bourses;

d) le fonds des écoles primaires ;
e) le fonds de l'Orphelinat Thérésien ;
f) le fonds de retraites des employés ;
g) le fonds de retraites des professeurs ;
h) le fonds des assurances.

Ces fonds sont de droit représentés par l'Ordinaire d'Alba-Iulia.

Ces droits ne peuvent être ni aliénés ni grévés sinon en conformité avec les dispositions du droit commun du Royaume de Roumanie et avec les prescriptions du Droit Canon.

Article VI.

Les dispositions contenues dans le présent Accord seront égalment appliquées aux fonds de l'Orphelinat Thérésien de Sibiu à moins que les instances judiciaires n'en aient décidé autrement définitivement ou qu'un arrangement ultérieur, d'autre nature, ne soit intervenu.

Article VII.

Le terrain, constructions et annexes, faisant partie du bloc d'immeubles de l'Université de Cluj et propriété de l'Etat roumain, grevés aujourd'hui d'une servitude d'habitation, passent en pleine propriété à l'Université d'Etat „Regele Ferdinand al Romăniei" de Cluj, libres de tous droits, charges, ou servitude, à l'exception de la servitude de passage vers la sacristie.

Ils seront évacués et mis à la libre disposition de l'Université au plus tard le 1 Septembre 1932.

Article VIII.

Il sera procédé à la rectification des inscriptions concernant la propriété des biens visés par le présent Accord dans les livres fonciers.

Cette rectification se fera d'office. Dans ce but le Ministre de la Justice, à la demande de l'Ordinaire d'Alba-Iulia, saisira les autorités respectives du „registre foncier."

Cette opération sera exemple de tous droits de timbre ou de taxe de mutation. La rectification se fera confermément aux dispositions du présent Accord, en tenant compte de l'inscription initiale mentionnée dans les livres fonciers, au moment de leur création.

Pour les immeubles acquis ultérieurement il sera tenu compte de l'inscription faite au moment de cette première aequisition.

Ces rectifications seront faites en indiquant les fonds respectifs conformément à l'alinéa précédent, en y ajoutant les mots „administré par l'Ordinaire Catholique de Rite latin l'Alba-Iulia."

Article IX.

En ce qui concerne l'église, située à Cluj, près de l'Université, desservie actuellement par les RR. PP. Piaristes, dont la situation juridique est réglée par les articles III, V et VIII de cet Accord, — le Saint Siège désirant constamment, que l'entente fraternelle, qui unit les fidèles catholiqus des différents rites, soit manifestée aussi en ce cas — l'Ordinaire Catholique de rite latin d'Alba-Iulia, conforméement à l'article II du present, pourvoira à faire célébrer chaque dimanche et chaque jour de fête (y compris celles nationales) un service divln selon le rite greco-roumain, pour satisfaire en première ligne les besoins religieux de la jeunesse scolaire catholique de rite greco-roumain.

Le prêtre célébrant sera désigné par l'Ordinaire Catholique de rite grec de Cluj-Gherla et tout en restant subordonné au point de vue canonique et disciplinaire à cet Ordinaire sera retribué pour ces services par l'Ordinaire Catholique de rite latin d'Alba-Iulia, selon les contumes locales de rite latin à Cluj. Le nom du prêtre désigné sera communiqué a l'ordinaire d'Alba-Iulia.

Ces services divins seront célébrés chaque dimanche et chaque jour de fête chômée du rite grec de 11 heures du matin jusqu'à 1 heure d'après midi et les jours de fêtes nationales (24 Janvier, 10 Mai, les anniversaires du Souverain, des membres de la familie royale et de l'avénement au Tronne) de 10 heures du matin à midi. Sont exceptées les fêtes de 15 Août et 8 Septembre, auxquelles l'église reste seulement aux services de rite latin.

Les services divins en rite greco-roumain commenceront dès le 20 Juillet 1932.

Article X.

Simultanèment avec la signature du présent Accord sont approuvès les Status d'organisation et de fonctionnement du Conseil du Diocèse Catholique de rite latin d'Alba-Iulia, dans la rédaction ci-jointe, visée par les Hautes Parties Contractantes.

Le nombre des membres du Conseil prèvu à l'article I du présent Accord étant réduit en vertu des nouveaux Statuts, par rapport à ceux de l'ancien „Statuts Romano Catholicus Tran-

sylvaniensis", les Hautes Parties Contractantes déclarent dissoute, par le fait du présent Accord, l'Assemblée générale actuellement existante.

Dans un délai de six mois à partir de la signature de cet Accord, il sera procédé à l'élection et constitution du „Conseil du Diocèse Catholique d'Alba-Iulia", conformément au présent Accord et Status.

Le Conseil dirigeant actuellement en fonction, en qualité de Comité provisoire, gérera les affaires courantes conformément au présent Accord, jusqu'à consitution du Conseil du Diocése créé par l'Art. I.

Fait au Vatican, ce 30 Mai 1932.

(L. S.), signé *E. Card. Pacelli.*
„ „ „ *V. Pop.*

STATUTS

du conseil du diocese catholique de rite latin de Alba-Iulia

Art. I. — Les charges prévues aux canons 1.520 et 1.521, paragraphe 2 du „Codex Juris Canonici", pour le Diocèse catholique de rite latin d'Alba-Iulia, seront remplies par „le Conseil du Diocèse catholique de rite latin d'Alba-Iulia".

Art. II. — Le Conseil précité exerce ses attributions par l'organe de son Assemblée Générale et par celui de son Comité.

CHAP. I.

Assemblée générale.

Art. III. — L'Assemlée Générale sera convoquée par l'Ordinaire du dit Diocèse. La convocation a lieu une fois par an; en cas d'urgence elle peut également être convoquée en Assemblée Générale extraordinaire.

L'Assemblée Générale est convoquée au moins 15 jours à l'avance en indiquant le lieu, le temps et l'ordre du jour.

Art. IV. — Le Président de l'Assemblée est l'Ordinaire ou, en son absence, un ecclésiastique qui le représente.

A chaque Assemblée sont élus deux notaires, l'un étant ecclésiastique et l'autre laïc, lesquels dressent le procés-verbal.

Art. V. — Peuvent seuls être membres de l'Assemblée Générale les fidèles de religion catholique de rite latin, qui

appartiennent au Diocèse d'Alba-Iulia et qui sont citoyens roumains. Ne peuvent être membres de l'Assemblée Générale les personnes se trouvant sous une censure de l'Eglise, celles qui ont été condamnées pour tous crimes ainsi que pour tous délits commis contre l'ordre public et la sûreté de l'Etat, contre les bonnes moeurs, contre la religion, ou encore commis par esprit de lucre ; il en est de même des personnes qui mènent une vie non chrétienne.

Les membres de l'Assemblée ne perçoivent aucune rétribution.

Art. VI. — Sont membres de l'Assemblée Générale :

1. Ecclésiastiques

a) Tout membre actif du chapitre diocésain ;

b) Les abbés et prévots ;

c) Les archiprétres du district ;

d) Les arbitres synodaux ;

e) Un représentant du clergé pour les Arrondissements de chaque archiprêtré ;

f) Les professeurs du Séminaire Théologique ;

g) Les supérieurs des ordres monastiques résidants sur le territoire du Diocèse.

2. Laïcs

a) Le president des laïcs, élu par l'Assemblée Générale pour 6 ans ;

b) Les Conseillers des Cours d'Appel ;

c) Le fonctionnaire le plus haut en grade de chaque département (judeţ) ;

d) Les maires des villes ;

e) Deux représentants de chaque Arrondissement d'Archiprêtré ;

f) Un représentant laic de chaque paroisse où le nombre des fidèles avec les filiales dépasse 3000, deux représentants laïcs de chaque paroisse possédant plus de 5000 fidéles avec les filiales, trois représentants laïcs pour la paroisse de Cluj ;

g) Les professeurs universitaires et ceux des écoles ayant caractère académique du Diocèse ;

h) Les laïcs jadis patrons et quasi-patrons qui subventionnent chapelle et prêtre ;

i) Les hommes éminents qui se sont distingués sur le terrain ecclésiastique et scolaire ; leur nombre ne saurait être su-

périeur à cinq ; ils seront invités par l'évêque ; cette distinction leur sera eccordée comme récompense morale pour leurs mérites ;

j) Six représentants élus des écoles primaires confessionnelles catholiques de rite latin.

3. Sans considération quant à leur qualité d'ecclésiastiques, ou de laïcs

a) Les membres des Corps Législatifs ;

b) Les Directeurs des écoles secondaires, des Internats, de l'Orphelinat Théresien et des écoles normales d'instituteurs et d'institutrices des villages.

Art. VII. — Les représentants laïcs des Arrondissements de chaque archiprêtre sont élus par les délégués des Conseils parroissieux de l'Arrondissement, chaque paroisse désignant un délégué. Les représentants des paroisses indiquées à l'art. 6. II pnt. f. sont élus par l'Assemblée Générale de leur paroisse respective, à la majorité de voix, sous la présidence de l'Archiprêtre du district, et au vote secret. Ces paroisses ne participent pas à l'éléction des représentants laïcs de l'Arrondissement.

Les représentants ecclésiastiques des Arondissement d'Archiprêtré sont élus par les prêtres en fonction dans leur district respectif.

Comme représentant ecclésiastique peut être élu tout prêtre ordonné.

Comme représentant laïc peut être élu tout électeur agé de 24 ans révolus, qui est membre de l'Assemblée Générale paroissiale. qui sait lire et écrire, et qui contribue aux charges ecclésiastiques.

Les représentants des écoles primaires sont élus par les instituteurs en fonction.

L'élection des représentants laïcs et ecclésiastiques s'effectue pour une durée de six ans. Les élections générales, ainsi que les élections partielles, auront lieu sur la disposition de l'Ordinaire.

Art. VIII. — Le Président dirige les débats et a le droit de rappeler à l'ordre les orateurs, auxquels il peut retirer la parole.

Art. IX. — Toute proposition éventuelle sera annoncée à l'Ordinaire, au moins 4 semaines à l'avance.

Art. X. — L'Assemblée Générale prend ces décisions à la

majorité des voix des membres présent. Le vote a lieu a main levée, par appel nominal ou par vote secret.

Art. XI. – Le procès-verbal dressé en Assemblée Générale est signé par les Présidents, ainsi que par leux deux Secrétaires de la séance. Il est vérifié par les deux membres laïcs et par un membre ecclésiastique, désignés par le Président au début de la séance.

CHAP. II.

Compétence de l'Assemblée Générale

Art. XII. – L'Assemblée Générale n'a que les attributions prévues aux canons 1520 et 1521 du Codex Juris Canonici.

Art. XIII. – L'Assemblée peut élire des Commissions pour la préparation des travaux indiques à l'article précédent.

Art. XIV. – L'Assemblée vérifie et ratifie l'activité du Comité.

CHAP. III.

Le Comité

Art. XV. – Le Président du Comité est l'Ordinaire, qui pourra se faire remplacer par un délégué choisi par lui.

Le Comité est composé de 8 eclésiastiques – dont au moins deux chanoines capitulaires – du Président laïc et de 16 laïcs, élus par l'Assemblée Générale ainsi que du référendaire.

Les membres du Comité sont élus par l'Assemblée Générale à la majorité des voix pour une durée de trois ans.

Les membres du Comité ne perçoivent aucune retribution.

Art. XVI. – Le Comité est l'organe administratif du Conseil.

Art. XVII. – Le Comité tient chaque mois une séance ordinaire ; il peut également tenir des séances extraordinaires si des questions particulièrement importantes ou urgentes exigent ses délibérations.

Pour délibérer validement la présence d'au moins six membres, en dehors du Président, est requise.

Art. XVIII. – Le Comité, dans ses travaux, suit la majorité des voix.

Les membres du Comité intéressés ne peuvent participer aux déliberations sur la question qui les concerne.

Art. XIX. – Il sera dressé un procès-verbal relatant les travaux de chaque séance.

La procès-verbal sera signé par le Président et par le Secrétaire et sera vérifié par deux Conseillers dont un ecclésiastique.

CHAP. IV.

Art. XX. – Les décisions du Conseil et du Comité ne sont valables et exécutoires qu'avec l'approbation de l'Ordinaire.

L'approbation ne peut être donnée qu'explicitement.

CHAP. V.

Art. XXI. – Les modifications éventuelles apportées aux presénts statuts pour obtenir force exécutoire devront recevoir l'approbation, officielle et par écrit, du Ministère des Cultes de Roumanie et, au point de vue Canonique, celle du Saint Siège.

Toute modification apportée en contradiction avec cet article reste nulle et de nul effet.

Signé: E. CARD. PACELLI

Signé: VALERE POP.

Discursul D-lui Pál Szász rostit în şedinţa Senatului la 20 Martie.

Bugetul de faţă nu poate fi considerat ca un buget normal, deoarece nici vremurile nu sunt normale. Dacă ar fi vorba de un buget al vremurilor normale, ar trebui să sufere foarte multe critici.

Dat fiind însă, că acest buget este dictat de împrejurări extraordinare – e vorba de un buget caracterizat de asemenea circumstanţe, deci suntem datori să-l acceptăm aşa, cum este întocmit de d-l ministru al finanţelor care şi-a arătat din nou competinţa de a găsi soluţiunea în timpurile grele de azi. Ştim cu toţii că aceste sarcini trebuie să le suportăm. Poporul nostru le şi acceptă, dar nu este tot una, că în ce fel.

D-l Consilier Regal şi Senator Iorga a arătat în mod convingător în cele spuse de D-sa, că armonia sufletească este inerentă vremurilor de azi.

Trebuie să simţim cu toţii – chiar dacă nu se vede – care este direcţia evoluţiunii viitoare. Este posibil, că problemele pe cari le privim azi ca esenţiale, după trecerea unui an deabia vor mai prezenta vreo deosebită importanţă. Este în tot cazul necesar, că poporul nostru să accepte suportarea nouilor sarcini cu convingerea, că servesc interesele sale proprii.

În legătură cu aceasta menţionez că Dumineca trecută am

fost la Odorheiu şi am participat la adunarea agricultorilor de acolo, unde m'am convins din nou că trebuie să menţinem legătură directă şi personală cu poporul nostru în permanenţă, să-l putem orienta în mod corespunzător formând o opinie publică sănătoasă în rândurile minorităţii maghiare. Cerem a ni se acorda această posibilitate.

Dar, Domnilor Senatori, atunci când poporul nostru suportă cu înţelegere sarcinile impuse — mă simt dator a ruga toţi membrii Onoratului Guvern, că prin conlucrare reciprocă să asigure posibilitatea de muncă productivă a contribuabililor, precum şi obţinerea contravaloarei corespunzătoare a muncii lor, fiindcă numai în aşa fel pot îndeplini obligaţiunile impuse.

Rog pe D-l Ministru al finanţelor să binevoiască a lua măsuri urgente pentru plata bonurilor de rechiziţie, ceeace este inevitabilă pentru întărirea încrederii generale.

Rugăm pe D-l Ministru al finanţelor, ca organele ce execută incasările să procedeze cu dreptate, nefăcând nici o deosebire şi cu omenie faţă de contribuabili. Organele fiscale sunt chemate de a executa bugetul şi nu jandarmeria. Un organ fiscal cu exces de zel printr'un procedeu greşit poate face mai mult rău, decât ne poate folosi orice rezultat obţinut în domeniul fiscal.

Poporul nostru a luat parte si ia parte şi azi la îndeplinirea obligaţiunilor sale şi aici trebuie să arăt contribuţiunile demne de toată recunoştinţa pe cari le-a depus atât poporul nostru cât şi instituţiunile noastre la subscrierea bonurilor de înzestrarea armatei.

Este în dauna interesului general, dacă ori în presă, ori prin alte declaraţiuni făcute în public, nu numai că nu se recunoaşte îndeplinirea cinstită a datoriilor, dar chiar se trage la îndoială şi se acuză poporul nostru de o atidudine contrară.

Azi nu trăim momente pentru a alerga după popularitate cu orice preţ, ci trăim zile pline de responsabilitate.

Domnilor Senatori, Vă rog să luaţi în considerare greutăţile noastre cu cari trebuie să ne luptăm, nu ne pretindeţi imposibilităţi, ci să ne sprijiniţi în munca noastră depusă pentru realizarea posibilităţilor.

În sensul celor de mai sus şi urmând deviza D-lui Ministru de externe: Pace, ordine, siguranţă — primesc în general bugetul.

Căsătoriile mixte la Lugoj.

În numărul din 28 Ianuarie 1940 al ziarului lugojan «*Răsunetul*» sub semnătura D-l. *Romulus Roman,* găsim articolul următor.

*

Puțini vor ști, dar cu atât mai mulți vor fi surprinși aflând că în anul 1939, treizeci români lugojeni s'au căsătorit cu femei streine de neamul nostru.

Anume: Ion Borugă cu Maria Nagy, Pavel Buculie cu Fani Cserny, Romulus Groza cu Suzana Orosz, Ioan Ciosa cu Margareta Varga, Stelu Sandulescu cu Nina Makszimov, Constantin Teodorescu cu Margareta Trautner, Marin Brat cu Irina Bojko, Iosif Tunei cu Wilhelmina Forst, Petru Teodorescu cu Elisabeta Halcsik, Petru Lungu cu Ecaterina Oster, Pavel Nevrincean cu Elisabeta Puskás, Victor Bronț cu Victoria Gulyás, Gheorghe Dulcu cu Maria Kremel, Eugen Mihailoviciu cu Lucia Nagy, Filip Bontescu cu Amalia Velez, Dumitru Tomescu cu Martha Nasz, Nicolae Popescu cu Maria Székely, Ion Bombescu cu Ecaterina Stauber, Iosif Alexa cu Iuliana Vizy, Mihai Berzovan cu Ana Schehrer, Virgil Dragomir cu Ana Kajcsa, Iani Toma cu Margareta Keresztes, Gheorghe Mârșu cu Iolana Kuhn, Ioan Dabiciu cu Maria Marsi, Antoniu Forca cu Ana Werkmann, Gheorghe Clinciu cu Virginia Kayser, Marin Floria cu Elisabeta Csáki, Constantin Șuștrean cu Livia Luczó, Andreiu Margea cu Iosefina Stempa, Nicolau Popovici cu Ecaterina Riedl.

Iar, tot în anul 1939, nouă streini au luat de soții românce, și anume: Emeric Vásáry cu Ana Ambruș, Ștefan Szekeres cu Pascula Neagoia, Alexandru Kühel cu Elena Pasulă, Liviu Ringeisen cu Angelina Iancovici, Ludovic Balog cu Păscălia Dragujan, Iosif Tóth cu Maria Herlea, Ștefan Székely cu Ana Necșa Zoltan Bender cu Iuliana Groza, Nicolae Korek cu Ana Stancu.

Pomelnicul acesta al căsătoriilor mixte din Lugoj, nu-l publicăm deaceea, că am fi de credința, că prin scrisul nostru am putea dirija corzile inimilor tinerilor însurăței în sensul pe care-l reclamă cauza românească; nici pentrucă am fi noi esclusiviști și intoleranți, ci pentrucă intenționăm să trezim atenția opiniei noastre publice asupra acestui fenomen pe cât de regretabil pe atât de inexplicabil, al evoluției vieții noastre sociale lugojenești.

Noi privim problema în ansamblul ei și nu ne atinge aceea în sens particular.

Pentrucă după cât cunoaștem firea, sau mai bine zis, slăbiciunea românului, știm, că în prea puține cazuri știe să fie autoritar în familie; cu atât mai puțin atunci, când are soție din alt neam, care mai totdeauna să închipue că este superioară în toate soțului său valah . . .

Urmarea acestei slăbiciuni a românilor e aceea, că soțiile lor streine și pe stradă vorbesc, par'că ostentativ, limba lor, neținând în seamă cât de mult compromit prin gestul acela pe soții lor, dintre cari unii în viața noastră oficială și socială dețin poziții superioare.

Atunci ce să mai așteptăm dela căsniciile temeliuite pe căsătorii mixte, când soția nici nu știe de loc românește ?

Adevărat, că de pe urma muncii din fabricile de țesătorii, cari s'au sporit atât de mult la noi, tineretul nostru muncitor are ocazia să vină în contact mai nemijlocit și mai tovărășesc cu elementul strein. Nu putem înțelege însă, că de ce această împrejurare trebuie să fie în detrimentul românismului.

Statul român nu de aceea a legiferat protectoratul elementului românesc la intreprinderile streine, că acest element dupăce a ajuns acolo, să se desnaționalizeze prin căsătorii nepotrivite cari în foarte multe cazuri sunt puse la cale de propaganda streină. Pentrucă să nu fim atât de naivi să credem, că propaganda clandestină streină n'ar acționa și pe terenul acesta.

Datoria noastră este să acționăm pentru prosperarea românismului.

Criteriile acestei acțiuni nu pot fi date în vileag, ci împărtășite dela suflet la suflet, dela inimă la inimă.

Acțiunea aceasta, așa cred eu, ar fi mai potrivit pentru Asociația tineretului muncitoresc român: „Progresul".

La dorință, în cadrul unei conferințe sunt dispus să arăt tot aceea ce cred eu de bine și necesar să se facă, pentru redresarea vieții noastre sociale din punctul de vedere aici discutat.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Werke bezüglich der Nationalminderheitenfragen, die in den Jahren 1938 und 1939 erschienen sind.*)

In der Ausgabe «*A Magyarok Világszövetsége*» (Weltverband der Ungarn): Verhandlungen am zweiten Weltkongress der Ungarn. Budapest, 1938. Besprochen in: „Láthatár" Jahrg. VII. Nr. 2. S. 85.

In der Ausgabe «*A Magyar Statisztikai Társaság Államtudományi Intézete*» (Staatswissenschaftliches Institut der Ungarischen Statistischen Gesellschaft): A felvidéki magyarság husz éve. (Zwanzig Jahre des Ungartums im Oberlande.) Budapest, 1938. 140. S. Besprochen in: „Kisebbségvédelem" Jahrg. I. Nr. 6. S. 46. „Láthatár" Jahrg. VII. Nr. 4. S. 187. „Külügyi Szemle" Jahrg. XVI. Nr. 4. S. 446. „Magyar Kisebbség" Jahrg. XVIII. Nr. 24. S. 588.

Ballreich, Hans: „Karpathenrussland". Ein Kapitel tschechischen Nationalitätenrechts und tschechischer Nationalitätenpolitik. Verlag Carl Winters Universitätsbuchhandlung, Heidelberg, 1938. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 5. S. 329. „Kisebbségvédelem" Jahrg. II. Nr. 2–3. S. 49.

In der Ausgabe «*Banatsći Balgarsći Glásnić*» (Stimme der Banater Bulgaren): 200 Gudini U. Banata 1738–1938. Temesvár 1938. Besprochen: „Magyar Kisebbség" Jahrg. XVIII. Nr. 7–8. S. 185.

Boehm, Max Hildebert und Loesch, Karl v.: Jahrbuch des Instituts für Grenz- und Auslandsstudien 1939. Deutsche Buchvertriebsstelle Kurt Hofmeier, Berlin–Steglitz. Besprochen: „Glasul Minorităților" Jahrg. XVII. Nr. 7. S. 127. „Magyar Kisebbség" Jahrg. XVIII. Nr. 7–8. S. 186.

Borsody István: „Magyarok Csehszlovákiában" 1918–1938. (Ungarn in der Tschechoslowakei 1918–1938): Verlag Az Ország Utja. 224. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem" Jahrg. I. Nr. 4–5. S. 51. „Külügyi Szemle" Jahrg. XV. Nr. 4. S. 534.

Brackett, Lewis: Facts about democracy in Czechoslovakia.

*) Diese bescheidene Bibliographie will keineswegs vollkommen scheinen. Es sind hier nur jene Werke angeführt, die uns zugesandt wurden, oder über welche uns meritorische Besprechungen zukamen.

(Tatsachen um die Demokratie in der Tschechoslowakei). Ausgabe des Amerikanischen Instituts in Prag 1938. 100. S. Besprochen: „Magyar Kisebbség" Jahrg. XVII. Nr. 7–8. S. 217.

Csekey István: „A magyar nemzetfogalom" (Der ungarische Nationalbegriff) Acta litterarum ac scientiarum Reg. Universitatis Hung. Francisco Josephinae. Sectio: Juridico-politica. Tomus XIII. (Sonderdruck aus dem Menyhért-Gedenkbuch). Ausgabe des Freundevereins der Wissenschaftlichen Kön. ung. Franz Josef-Hochschule, Szeged, 1938. 88. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem" Jahrg. I. Nr. 6. S. 45.

Darás Gábor: A ruthén kérdés tegnap és ma. (Die ruthenische Frage gestern und heute.) Ausgabe der Magyar Nemzeti Szövetség (Ungarischer Nationalverband) Budapest, 1938. 63. S. 2 Landkarten. Besprochen: „Kisebbségvédelem" Jahrg. I. Nr. 4–5. S. 49.

Essler, F. W.: „Zwanzig Jahre sudetendeutsche Verlustbilanz, 1918–1938". Dokumente der Entnationalisierung. Herausgegeben von K. H. Frank. Wilhelm Braumüller, Universitätsverlag, Wien, 1938. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 1. S. 56.

Fenczik István: „A kárpátoroszok multja és jelene" (Vergangenheit und Gegenwart der Karpatorussen.) Ausgabe des Minderheiteninstitutes der kön. ung. Elisabeth-Universität in Fünfkirchen. Pécs, 1939. 19. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem" Jahrg. II. Nr. 2–3. S. 52.

Geissler, Heinrich Dr.: Zweisprachigkeit deutscher Kinder im Ausland. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1938. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 3. S. 190.

Greve, Wilhelm Dr.: Die Bestimmung der Volkszugehörigkeit im Recht der europäischen Staaten. Essener Verlagsanstalt, 1938. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 3. S. 190.

Györffy István: A néptudomány és a nemzeti müvelődés (Volkswissenschaft und Volksbildung.) Ausgabe von A Magyar Táj- és Népismeret könyvtára (Bibliothek der ungarischen Land- und Volkskunde) I. Band, Budapest, 1939. 90. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem" Jahrg. II. Nr. 3–5. S. 23.

György Lajos Dr.: Az Erdélyi Muzeum-Egyesület háromnegyedszázados tudományos müködése, 1859–1939 (Die

wissenschaftliche Tätigkeit des Siebenbürger Museum-Vereins von 1859 bis 1939.) Ausgabe des EME 1938. Besprochen: „Láthatár" Jahrg. VII. Nr. 4. S. 188.

Hartmann, Rudolf und Riedl, Franz: Deutsches Bauernleben in Ungarn. Verlag Volk und Reich, Berlin, 1938. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 8. S. 552.

Halász Miklós: Csehszlovákia 1918–1938. (Die Tschechoslowakei von 1918 bis 1938.) Ausgabe Századunk, Budapest, 1938, 116. S. Besprochen: „Külügyi Szemle" Jahrg. XVI. Nr. 4. S. 446.

Hayduk, Alfons: Török Orszak (sic.) Leid und Ruhm der Schwäbischen Türkei, eine Baranya-Fahrt. Verlag A. Luser, Wien–Leipzig, 1938. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 4. S. 265.

Hoffmann, Walter: „Donauraum-Völkerschicksal". Verlag Felix Meiner, Leipzig, 1939. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 9. S. 609.

Jakabffy Elemér und Páll György: A bánsági magyarság husz éve Romániában. (Zwanzig Jahre des Banater Ungartums in Rumänien.) Ausgabe des „Studium", Budapest, 1939. S. 240. Besprochen: „Magyar Szemle" Jahrg. 1939. Nr. 3. 270. S. „Láthatár" Jahrg. VII. Nr. 5. S. 232.

Keller, Hans. K. E. L: Das Recht der Völker. I. Abschied vom „Völkerrecht". Verlag Franz Wahlen, Berlin, 1938. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 12. S. 760.

König, Lothar: Die Deutschtumsinsel an der Wolga. Verlag Laumann, Dülmen in Westfalen, 1938. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 10–11. S. 714.

Kövér, Gustave: Histoire d'une Trahison. Le calvaire des minorités nationales et la Société des Nations. (Geschichte eines Verrates. Der Leidensweg der Nationalminderheiten und der Völkerbund.) Éditions du Bureau des Minorités, Genève, 1939. 211. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem" Jahrg. II. Nr. 4–5. S. 24.

László Dezső: A ma élő romániai ref. lelkipásztorok irodalmi munkássága. (Die literarische Tätigkeit der heute lebenden reformierten Seelsorger in Rumänien.) Cluj-Klausenburg. Ref. Kirchendistrikt (Siebenbürgen.) Besprochen: „Láthatár" Jahrg. VII. Nr. 3. S. 139.

Manuila, Sabin Dr.: Étude etnographique sur la population de

la Roumanie. (Etnografische Studie der Bevölkerung Rumäniens.) Bucureşti, 1938. Besprochen: „Magyar Szemle" Jahrg. XXXVII. Nr. 146. S. 142. „Magyar Kisebbség" Jahrg. XVIII. Nr. 11. S. 270.

Mathiae, Andreas: Siebenbürgen. Adolf Luser Verlag. Wien – Leipzig, 1939. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 12. S. 765.

Mende, Gerhard von: Die Völker der Sowjetunion. Verlag Rudolf Schneider. Reichenau (Sachsen), 1939. Besprochen: „Nation und Staat' Jahrg. XII. Nr. 8. S. 554.

Meuvret, Jean: Le territoire de Memel et la politique européenne. (Das Memelgebiet und die europäische Politik.) Éditeur Paul Hartmann, Paris, 1938. 83. S. Besprochen: „Külügyi Szemle" Jahrg. XV. Nr. 3. S. 409.

Meynen, Emil: Volks- und Sprachenkarten Mitteleuropas. Hirzel, Leipzig. Sonderdruck aus Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung. 48. S. Besprochen: „Láthatár" Jahrg. VII. Nr. 5. S. 234.

v. Nagy Iván: Az amerikai magyarság. (Das amerikanische Ungartum.) Ausgabe des Minderheiteninstitutes der Kön. ung. Elisabeth-Hochschule der Wissenschaften in Fünfkirchen, 1939. 22. S. 2 Landkarten. Besprochen: „Kisebbségvédelem" Jahrg. II. Nr. 2–3. S. 55.

Némedi, Ludwig: Das Gesamtdeutschtum im ungarischen Blickfeld. Ausgabe Neue Heimatblätter, Budapest, 1938. 144. S. Besprochen: „Magyar Kisebbség" Jahrg. XVIII. Nr. 5. S. 108.

Nowak, Robert Dr.: Der künstliche Staat. Ost-Probleme der Tschechoslowakei. Gerhardt Stalling Verlag, Oldenburg i. O. Berlin. 324. S. 12 Landkarten. Besprochen: „Kisebbségvédelem" Jahrg. I. Nr. 4–5. S. 52.

Ottlik László: Magyar nemzetiségi politika. (Ungarische Nationalitätenpolitik.) Sonderdruck aus dem Werk „Mai magyar község". (Ungarische Gemeinde von heute.) Budapest, 1938. Besprochen: „Láthatár" Jahrg. VI. Nr. 6. S. 209.

Rogmann, Heinz: Der grossdeutsche Osten in der Bevölkerungsdynamik Ostmitteleuropas. Schriftenreihe der Landesgruppe Schlesien des Bundes Deutscher Osten. Verlag Alfred Hartlieb, Breslau, 1939. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 8. S. 553.

Rónai, Andreas: Distribution of Hungarian Settlements over the World. (Die Verteilung ungarischer Siedlungen in der Welt.) Budapest, 1938. 25. S. Besprochen: „Külügyi Szemle" Jahrg. XV. Nr. 4. S. 536.

v. Ruttkay László: A felvidéki szlovák középiskolák megszüntetése 1874-ben. (Die Aufhebung der slowakischen Mittelschulen des ungarischen Oberlandes im Jahre 1874.) Ausgabe der Felvidéki Tudományos Társaság. (Wissenschaftliches Institut des Oberlandes.) I. Folge. Nr. 7. Budapest, 1939. 148. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem" Jahrg. II. Nr. 4–5. S. 25. „Magyar Kisebbség" Jahrg. XIX. Nr. 1. S. 24.

Schattenfroh, Franz: Wille und Rasse. Verlag Payer & Co. Berlin–Wien–Zürich, 1938. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 9. S. 605.

Schuster, Hans Dr.: Die Judenfrage in Rumänien. Verlag Felix Meiner, Leipzig, 1939. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 12. S. 762.

Temesváry Pelbárt: Miként látják az erdélyiek Erdély kérdéseit. (Wie die Siebenbürger die Fragen Siebenbürgens sehen.) Ausgabe des Minderheiteninstitutes der Kön. ung. Elisabeth-Universität Fünfkirchen, 1938. 43. S. Besprochen: „Külügyi Szemle" Jahrg. XV. Nr. 4. S. 535.

Urr György: Kisebbségi sorsunk husz esztendejéből. (Zwanzig Jahre unseres Minderheitenloses) 1918–1938. Buchdruckerei „Grafika" Kaschau, 1939. Besprochen: „Magyar Kisebbség" Jahrg. XVIII. Nr. 24. S. 588.

Veiter, Teodor: Nationale Autonomie. Rechtstheorie und Verwirklichung im positivem Recht. Wilhelm Braumüller Verlag. Wien–Leipzig, 1938. 316. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem" Jahrg. II. Nr. 4–5. „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 5. S. 330. und „Magyar Kisebbség" Jahrg. XVII. Nr. 22. S. 529.

Váli Ferenc, Dr.: Das tschechisch-mährische Protektorat und der deutsch-slowakische Schutzvertrag im Lichte des internationalen Rechtes. Verlag Karl Grill. Sonderdruck des Kolozsváry-Gedenkbuches, 1939. 13. S. Besprochen: „Külügyi Szemle" Jahrg. XVII. Nr. 1. S. 102.

Weisenfeld, Ernst: Die Geschichte der politischen Publizistik bei den Siebenbürger Sachsen. Limburger Vereinsdruckerei, Limburg, 1939. Besprochen: „Nation und Staat" Jahrg. XII. Nr. 10–11. S. 716.

Zathureczky Gyula: Erdély, amióta máskép hivják. (Siebenbürgen, seit man es anders nennt.) Verlag Magyar Élet, Budapest, 1939. 141. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem" Jahrg. II. Nr. 4–5. S. 26.

Director, girant răspunzător şi proprietar: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj